

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 130-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.166

Eingereicht am: 02.06.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Junker Burkhard (Lyss, SP) (Sprecher/in)
Striffeler-Mürset (Münsingen, SP)
Jordi (Bern, SP)
de Meuron (Thun, Grüne)
Schneegg (Lyss, EVP)

Weitere Unterschriften: 23

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 06.06.2019

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Einstellung von 5 Mio. Franken im Budget 2020 zur Finanzierung von Massnahmen zur Integration von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt und in Tagesstrukturen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. im Budget 2020 den Betrag von 5 Mio. Franken für die Integration in der Sozialhilfe einzustellen
2. dem Grossen Rat einen Massnahmenplan für die Förderung der Integration von Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezügern in den Arbeitsmarkt bzw. in Tagesstrukturen vorzulegen

Begründung:

Im Vorfeld der Abstimmung vom 19. Mai 2019 zum Sozialhilfegesetz war für alle Parteien wie auch für den Regierungsrat unbestritten, dass Massnahmen für die Arbeitsintegration und für Tagesstrukturen von Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezügern wesentliche Faktoren sind, um die Sozialhilfe im Kanton Bern längerfristig zu entlasten. An diesem breiten Konsens ändert auch die Ablehnung der SHG-Revision nichts, dennoch hat der Fürsorgedirektor, Regierungsrat Schneegg, bereits am Wahlsonntag verlauten lassen, dass aufgrund des Abstimmungsergebnisses keine zusätzlichen Mittel im Budget 2020 eingestellt würden. Wir sind aber nach wie vor

der Meinung, dass es diese Massnahmen dringend braucht, damit die Entlastung in der Sozialhilfe nachhaltig wirken kann. Die Wirtschaft braucht Unterstützung, damit die nötigen Arbeits- und Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Weiter braucht es differenzierte Aus- und Weiterbildungen für die Menschen in der Sozialhilfe, damit sie für die berufliche Integration fit gemacht werden.

Begründung der Dringlichkeit: Die Motion ist budgetrelevant und sollte deshalb möglichst rasch behandelt werden.

Verteiler

- Grosser Rat